

Kantischüler hinterfragen Justizsystem

Schülerinnen und Schüler der Kantonsschule Limmattal erhielten einen Blick hinter die Kulissen des Dietiker Bezirksgerichts.

Muriel Daasch

«Würden Sie wirklich jede Tat verteidigen oder gibt es Vorwürfe, die Sie nicht mit Ihrem Gewissen vereinbaren können?»

Es ist eine der vielen Fragen, die den Schülerinnen und Schülern der Kantonsschule Limmattal (KSL) am Bezirksgericht Dietikon unter den Nägeln brannten. Der «KSL meets Justiz»-Tag fand am Montag nach zwei Jahren zum zweiten Mal statt.

Strafverteidiger Stephan Groth hatte eine klare Antwort parat: «Es gibt keinen Fall, den ich nicht verteidigen würde.»

«Auch einen Pädophilen?», ertönte es aus dem Schülerpublikum. Daraufhin erzählte Groth von einem Fall eines Pädophilenrings, in dem ein Vater sein Kind sexuell missbrauchte und es anderen Pädophilen anbot. Damals habe er mit sich gerungen bei der Frage, ob er den Mann wirklich verteidigen wolle.

Doch als der Beschuldigte ihm seine Lebensgeschichte erzählte – von seiner drogenabhängigen Mutter und dem erlebten sexuellen Missbrauch – habe sich seine Sichtweise geändert. «Die Tat liess sich einordnen, auch wenn nicht rechtfertigen – und erschien in einem anderen Licht», sagte Groth.

Seitdem habe er sich geschworen, niemals einen Fall aus moralischen Gründen abzulehnen. Denn jede Person habe ein Recht auf Verteidigung. Einige der Schülerinnen und Schüler liessen nicht locker: «Was, wenn jemand Ihren Töchtern etwas Schlimmes antun würde?»



Der Kantonsrat und ehemalige Dietiker Stadtrat Philipp Müller (FDP) nahm die Rolle des Strafverteidigers ein. Die mit Koks gefüllten Fingerlinge (links) lösten im Publikum viele Fragen aus.

Bilder: Andrea Zahler



Eine solche Person würde Groth nicht verteidigen – «um die notwendige berufliche Distanz zu wahren».

Im Schülerpublikum herrschte Uneinigkeit

Die bewegenden Fälle, die der Strafverteidiger mit den Kantischülerinnen und -schülern besprach, etwa der Vierfachmord in Rapperswil, hinterliessen Eindruck. Meist waren sie sich nicht einig darüber, welche Fälle sie verteidigen würden und welche nicht.

Um den Schülerinnen und -schülern des Profils Wirtschaft und Recht einen Einblick in die Justizarbeit zu geben, führte das Bezirksgericht einen Showprozess vor – mit lokal prominenter Besetzung: Der Kantonsrat und ehemalige Dietiker Stadtrat Philipp Müller (FDP) nahm die Rolle des Strafverteidigers ein.

Wirklich gespielt war jedoch nur der konstruierte Fall. Sowohl Müller als auch die anderen Beteiligten schlüpften in den Beruf, dem sie auch im echten Leben nachgehen.

Der Fall handelte von einer jungen Chinesin, die angeblich unwissentlich auf einem Flug

von Shanghai nach Zürich über ein Kilogramm Kokain in ihrem Körper schmuggelte, um die Operation ihres schwerkranken Vaters zu bezahlen.

«Was hat man davon, wenn man Personen wegsperrt?»

Vor dem Flug hatte sie 85 mit Kokain gefüllte Fingerlinge geschluckt. Doch ihr sei gesagt worden, es handle sich um Vitamine, die in Europa illegal seien. Die Frau hatte sich umsonst in Lebensgefahr gebracht – die versprochenen 3000 Dollar habe sie bis heute nicht erhalten, und ihr Vater sei inzwischen verstorben.

Der einzige Wunsch der jungen Frau: Sie will zurück nach China, um ihre dreijährige Tochter aufwachsen zu sehen. Doch das Bezirksgericht glaubte der Angeklagten im fiktiven Prozess nicht und verurteilte sie zu einer teilbedingten Freiheitsstrafe von 27 Monaten und einem Landesverweis.

Die Beratung des Gerichts fand nicht wie sonst üblich hinter geschlossenen Türen, sondern vor den Augen aller Anwesenden statt. Aussergewöhnlich war auch, dass an den Plätzen der Auditorin und der Gerichtsschreiberin zwei Schülerinnen sassen, die

ebenfalls ihre Meinung einbringen konnten.

Vielleicht waren es die echt wirkende Verzweiflung und die Tränen der Angeklagten, die bei den Schülerinnen und Schülern im Publikum Empathie auslösten. Nicht wenige hinterfragten das gefällte Urteil oder gar das gesamte Justizsystem: «Was hat man als Staat davon, wenn man eine Person wegsperrt?», «Wäre es nicht schlauer, wenn man die Bestrafung der Frau ihrem Heimatland China überlässt?», «Haben Sie mit den hohen Gerichtskosten nicht eine Abwärtsspirale für die Frau kreiert?»

Sie will später Strafverteidigerin werden

Neben solchen kritischen Fragen wollten die Schülerinnen und Schüler auch wissen, ob Strafverteidiger für gewonnene Fälle mehr Geld erhalten – die Antwort lautet: nein – oder wie das Gericht beurteilt, ob eine Aussage glaubwürdig ist.

Amanda Vieceli, die im Showprozess die Rolle der Gerichtsschreiberin eingenommen hatte, hat bereits konkrete Vorstellungen von der Zukunft: Sie will Jura studieren und später Strafverteidigerin werden. Die am Gericht behandelten schlimmen Fälle hätten sie nicht abgeschreckt, sondern in ihrer Haltung bestärkt. «Jede Person hat das Recht, verteidigt zu werden. Gefühle sollen hier keine Rolle spielen», sagte sie.

Auch Nikita, der seinen Nachnamen nicht in der Zeitung lesen will, hat vom Einblick am Bezirksgericht profitiert. «Es war spannend, das alles mal von innen zu sehen», sagte er. Die Fallbeispiele der Staatsanwaltschaft hätten ihn auf die Idee gebracht, später vielleicht einmal im Bereich der Forensik tätig zu sein.

Stadt Schlieren will weitere Million für Klima-Werkhof

Der Stadtrat will eine Solaranlage auf dem Werkhof-Dach installieren. Das letzte Wort hat das Parlament.

Lukas Elser

Der neue Werkhof in Schlieren könnte teurer werden. Nachdem der Stadtrat im März über zwei Millionen Franken für die Modernisierung des Gebäudes an der Bernstrasse 72 freigegeben hat, verlangt er jetzt vom Parlament eine weitere Million.

Ihren Wunsch, auf dem erneuerten Werkhof eine Photovoltaikanlage zu installieren, hat die Stadt bereits im März kundgetan. Den damaligen Kredit wollte sie mit der Sache aber nicht belasten, respektive die Geschäfte nicht miteinander vermischen.

Wünschenswert, aber nicht zwingend

Beim März-Kredit handelte es sich nämlich um eine als gebunden deklarierte Ausgabe. Eine solche erachtet der Stadtrat als zwingend, er kann



Die Stadt Schlieren will ihren Werkhof mit mehr eigenem Strom versorgen.

Bild: Lukas Elser

sie deshalb in Eigenregie beschliessen.

Im Gegensatz dazu erfordert der jetzige 1,09-Millionen-Kredit, der nebenbei auch zusätzliche Lagerboxen für den Grünunterhalt vorsieht, den Segen des Parlaments. Denn es

geht um eine Investition, die der Stadtrat nur als wünschenswert, aber nicht als zwingend ansieht.

Die März-Investition beinhaltet neben der Sanierung des Dachs und der Verbesserung der Lagerkapazität diverse Massnahmen für einen effi-

zienteren Energieverbrauch. Daran knüpft die aktuelle Investition an: Über die Solaranlage möchte die Stadt ihre künftigen Werkhof-Fahrzeuge vermehrt mit hauseigenem Strom versorgen. Zudem wird auch die künftige Heizung we-

sentlich mehr Strom verbrauchen.

Denn Schlieren mit seinem Energiestadt-Gold-Label nimmt die Klimaziele ernst und möchte deshalb die eigene Flotte in Zukunft noch mehr auf Elektroantrieb umrüsten – auch im Werkhof. Und hier kommen nun die Solarzellen mit Batteriespeicher ins Spiel. Die Photovoltaik-Anlage soll rund 200'000 Kilowattstunden (kWh) pro Jahr produzieren.

Stadtrat findet das Projekt «wirtschaftlich vertretbar»

Das ist nicht einmal die Hälfte des benötigten Stroms. Denn gemäss Berechnungen des Stadtrats wird der klimafreundliche Betrieb der Zukunft gegenüber dem bestehenden jährlich 170'000 kWh mehr Strom schlucken. Derzeit sind es 270'000 kWh, im Szenario der Zukunft werden es rund 440'000 kWh sein.

Für den Stadtrat ist der neue Betrieb dennoch «wirtschaftlich vertretbar». Der Stadtrat hat nämlich ausgerechnet, dass der Werkhof jährlich 53'000 Franken Stromkosten einsparen wird. Vorausgesetzt, man vergleicht die Stromkosten aus dem eigenen Hause mit jenen, die derselbe E-Flotten-Betrieb ohne die eigenen Solarzellen, also mit dem herkömmlichen Strom aus der Steckdose, kosten würde.

Amortisiert ist die Anlage nach neun Jahren, überdauern soll sie mehr als 30 Jahre, wie die Stadt auf Anfrage mitteilt. Der Hersteller gewährt eine Modulgarantie. Dieser zufolge verfügt die Anlage nach 25 Jahren Laufzeit noch über mindestens 80 Prozent der ursprünglichen Leistung. Die ersten Arbeiten für das Gesamtprojekt sollen noch dieses Jahr beginnen.